

Neue

Freie Zeitung

Nr. 11 · Donnerstag, 17. März 2016

€ 0,80

Neue Freie Zeitung (NFZ), Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a,
A-1080 Wien, Tel.: 01 5172 35 35 0, E-Mail: Redaktion:
redaktion.nfz@fpoe.at, Fax: 01 5172 35 35 9,
www.fpoe.at

Freiwillige Feuerwehren steuerlich unterstützen!

Seit der neuen Steuerregelung für Vereinsfeste hagelt es Anzeigen gegen Feste der Ortsfeuerwehren, für die diese Einnahmen aber lebensnotwendig sind. FPÖ-Landesparteichef Johann Tschürtz unterstützt den Protest der burgenländischen Feuerwehren gegen die Steuerbürokratie.

S. 13



Foto: FPÖ Burgenland

Aufstehen für unsere Heimat Österreich!

FPÖ präsentiert erste Plakatserie für Norbert Hofers Präsidentschaftswahlkampf S. 2/3



Bürgerprotest gegen verpfuschte Asylpolitik

Tausende demonstrierten mit FPÖ gegen Massenasyllquartiere in Wien – S. 4/5

PARLAMENT

Ideologische Bremse

Ohne Umsetzung des von SPÖ-Frauenministerin Heinsch-Hosek geforderten „Papamonats“ will die SPÖ der Mini-Reform des Kindergeldes nicht zustimmen. Deswegen schmolzt ÖVP-Familienministerin Karmasin – und es hagelt Kritik der FPÖ an beiden.

S. 6

AUSSENPOLITIK

Der AfD-Schock

Mit ihren Sensationserfolgen bei den Landtagswahlen am vergangenen Sonntag hat die „Alternative für Deutschland“ (AfD) die etablierten Parteien schockiert. Diese rätseln jetzt, wie sie mit der neuen politischen Konkurrenz umgehen sollen.

S. 8/9

WIEN

„Temporäre Bauten“

Infolge der Masseneinwanderung der letzten Monate fehlt es an Unterkünften für die „Schutzbedürftigen“. Rot-Grün will die Bauordnung deswegen „vereinfachen“ und überlegt sogar eine „Asylwerberquote“ für den Gemeindebau. Die FPÖ schlägt Alarm.

S. 11

MEDIEN

Selbstbeschädigung

SPÖ-Bundeskanzler Werner Faymann ist bei dem Versuch, den Werbeauftritt von Angela Merkel zu kopieren, baden gegangen. Während Merkel ihren Kurs verteidigte, schob Faymann die Schuld am Versagen in der Asylpolitik der EU in die Schuhe.

S. 14

Foto: Andreas Ruttiger



AUS DER
REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

Österreichs Kabarettisten beschwerten sich über die unfaire Konkurrenz der Politiker, die mit ihren Fernsehauftritten bereits selbst die Satire mitliefern. Ein derartigen Auftritt lieferte SPÖ-Kanzler Werner Faymann mit seiner bestellten „Ein-Mann-Diskussionsrunde“ in der ORF-Sendung „Im Zentrum“ ab. Seine Darstellung, er sei von Anfang an der einzige kritische Kopf in den EU-Ratsversammlungen gewesen, war wohl der Gipfel dieser satirischen Überhöhung.

Motor des Versagens

Über seinen rüpelhaften Nazi-Vergleich, der die Beziehungen zu Ungarn nachhaltig beschädigt hat, legte er den Mantel des Schweigens. Ebenso über seine politische Romanze zur Initiatorin der Zuwanderungswelle, der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Die Kehrtwendung in der Zuwanderungspolitik, dem „Grenzmanagement“ an der Balkanroute, zu der ihn die FPÖ seit Monaten gedrängt hatte, verkaufte er als seine Initiative. Diese peinliche Selbstüberhöhung gipfelte in dem Sager: „Als Land, das so geholfen hat, steht es uns zu zu sagen, wir wollen Ordnung.“

Welche Ordnung? Zigtausende „Schutzbedürftige“ halten sich illegal in Österreich auf, weil die Grenzen offenstanden wie Scheunentore. Selbst die jetzt noch von Bayern zurückgeschickten tausenden Nicht-Asylberechtigten tauchen unter, bevor sie von der Exekutive registriert werden können.

Und am europäischen Versagen in der Asylpolitik arbeitet Faymanns „Koalition der Willigen“ seit Monaten heftigst mit. Also ist er der Motor des von ihm so kritisierten EU-Versagens.

Mit Norbert Hofer die Stillsta

Freiheitliche präsentieren erste Plakatserie: „Aufstehen für Österreich – D

Die FPÖ hat die notwendige Anzahl an Unterstützungserklärungen für die Kandidatur Norbert Hofers zur Bundespräsidentenwahl erreicht. So positiv und freundlich sei das Klima in einem Wahlkampf noch nie gewesen, erklärte FPÖ-Parteiboss HC Strache und zeigte sich überzeugt, dass Hofer die Stichwahl erreichen werde.

Die FPÖ hat am Montag ihr erstes Wahlplakat der Bundespräsidentenschafts-Kampagne für ihren Kandidaten Norbert Hofer präsentiert. „Aufstehen für Österreich – Deine Heimat braucht dich jetzt“, lautet der Slogan. Darauf zu sehen ist Hofer vor einer rot-weiß-roten Flagge, und unter seinem Namen findet sich das Ziel der Freiheitlichen: Bundespräsident.

Stimmung spricht für Hofer

HC Strache erklärt diesen Optimismus aus der aktuellen Stimmungslage im Land: „In allen seriösen Umfragen liegt Norbert Hofer auf klarem Stichwahlkurs. So positiv und freundlich war das Klima in einem Wahlkampf noch nie. Ich bin überzeugt, dass Norbert Hofer die Stichwahl locker schaffen wird – und dann ist alles möglich, auch ein erster freiheitlicher Bundespräsident, Norbert Hofer!“

An das Erreichen der Stichwahl glaubt auch der Kandidat selbst. „Ich bin sehr zuversichtlich und glaube, dass wir am Wahltag einige sehr überraschen werden“, erklärte Hofer anhand der Erfahrungen aus den ersten Wahlauftritten.

Denn thematisch habe man auf die richtigen Pferde gesetzt. Den Österreichern seien die Themen

Sicherheit, das Freihandelsabkommen TTIP sowie die direkte Demokratie ein großes Anliegen. Zum Schutz der eigenen Grenzen mahnte Hofer ein Ende des rot-schwarzen Vernichtungsfeldzugs gegen das Bundesheer ein: „Wir sehen jetzt, wie wichtig ein funktionierendes Heer zur Sicherung der eigenen Grenzen ist.“

Derzeit könnten die Soldaten die verfassungsrechtlich festgeschriebenen Aufgaben des Heeres aufgrund der „Sparpolitik“ nicht erfüllen, betonte Hofer: „Die rot-schwarze Bundesregierung begeht hier einen klaren Verfassungsbruch und der scheidende Bundespräsident, der ja zugleich Oberbefehlshaber des Heeres ist, meldet sich überhaupt nicht zu Wort.“

Veto gegen Türkei-Deal

Hierbei könne und dürfe man sich nicht auf andere Staaten verlassen oder sich gar den Erpressungsversuchen der Türkei beugen. „Ich warne vor diesem unverantwortlichen Tauschhandel, den Brüssel und der Herr Faymann mit der Türkei jetzt anpreisen“, betonte Hofer. Denn die amtierende türkische Regierung offenbare mit der drastischen Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit so-



Foto: Andreas Ruttinger

Optimistisch gehen HC Strache und F den Bundespräsidentenschaftswahlkamp

wie dem militärischen Vorgehen gegen die kurdische Minderheit ihre klare Ablehnung aller europäische Grundwerte. „Ich appelliere an die Bundesregierung, ein Veto gegen einen solchen Handel einzulegen“, mahnte Hofer.

Seine Aussage, dass die Schließung der „Balkanroute“ keine Lösung des Problems der Massenzuwanderung darstelle, erklärte Hofer damit, dass man damit nur einem „Loch auf, Loch zu“-Prinzip folge. Eine langfristige Lösung sei nur mit einem gemeinsamen Schutz der gesamten EU-Außengrenze zu



SPITZE FEDER Faymanns ausgewählte Diskussionsrunde.

IMPRESSUM

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) –
Die Freiheitlichen, Bundesparteileitung,
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;
Freiheitlicher Parlamentsklub,
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien

Geschäftsführung: Herbert Kickl
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9

E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
E-Mail Verwaltung: jana.feilmayr@fpoe.at
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29

Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien

Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);
Auslandsjahresbezug: € 73

BIC: OPSKATWW
IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450

Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.
Verlags- und Herstellungsort: Wien

Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

Asylpolitik beenden

„Deine Heimat braucht dich jetzt“



FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl mit ihrem Kandidaten Norbert Hofer in der Hofburg. „Jetzt heißt es: Aufstehen für Österreich!“

erreichen. „Eine Grenzsicherung zwischen Österreich und den südlichen Ländern ist eine Notfallmaßnahme“, betonte Hofer. Denn der Einwanderungsstrom werde sich jetzt ein anderes Einfallstor suchen, das dann auch wieder geschlossen werden muss.

Kein Schweige-Präsident

FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl wies auf die bestimmte Botschaft des Wahlplakates hin, mit der die Freiheitlichen ihren Kandidaten Norbert Hofer als „positiven Kontrapunkt“ zu den ausgemuster-

ten Parteiapparatschiks von SPÖ, ÖVP und Grünen positionieren wollen. „Österreich soll dem Beispiel Hofers folgen, denn so wie er nach dem Paragleiterunfall seine Lähmung mit unbändigem Lebenswillen überwunden hat, sind jetzt die Österreicher aufgerufen, gegen diesen Stillstand der Bundesregierung aufzustehen“, betonte Kickl. Norbert Hofer sei der einzige Garant unter den Kandidaten, dass Schluss sein werde mit „diesem Schweigen in der Hofburg“ gegenüber der österreich-feindlichen Politik von SPÖ und ÖVP.

KURZ UND BÜNDIG



Mehr direkte Demokratie

Präsidentschaftskandidat Norbert Hofer (Bild) kündigte an, vor der Angelobung einer neuen Bundesregierung auf den Ausbau der direkten Demokratie im Regierungsprogramm zu bestehen: „Die direkte Demokratie ist ein wichtiger inhaltlicher Pfeiler einer positiven Zukunft für Österreich. Sie garantiert, dass die Menschen im Laufe einer Legislaturperiode ihre Interessen wahren und sich aktiv in inhaltliche Entscheidungsfindungen einbringen können“. Außerdem wolle er die Wähler über TTIP abstimmen lassen.

Keine Geld für „Fluchthelfer“

„Es ist den Österreichern nicht zumutbar, dass ihr Steuergeld jenen Leuten zukommt, die dem Rechtsstaat und der eigenen Bevölkerung in den Rücken fallen“, reagierte FPÖ-Sicherheitssprecher Gernot Darmann (Bild) auf Medienberichte, wonach Österreicher den „Durchbruch“ von Migranten an der griechisch-mazedonischen Grenze unterstützt oder organisiert haben sollen. „Sollte sich der Verdacht bestätigen, sind solchen Vereinen die Förderungen aus den Steuermitteln sofort zu streichen“, forderte Darmann.



Panne im Konjunkturmärchen

FPÖ-Wirtschaftssprecher Axel Kassegger (Bild) kritisierte den aktuellen Wifo-Konjunkturtest, der eine Abschwächung der Konjunktur in Österreich vorsieht. „Das vorweihnachtliche Märchen über die Konjunkturbelebung durch Steuerreform und Völkerwanderung, das SPÖ, ÖVP, Wifo und IHS den Österreichern erzählt haben, wurde mit dem heutigen Tag endgültig zu Grabe getragen“, so Kassegger. Österreich benötige daher eine zukunftssträchtiges Gesamtreformkonzept mit Beschäftigungs- und Wachstumsoffensive sowie echte Strukturreformen, um dem tiefen wirtschaftlichen Sumpf zu entkommen.

AUFSTEIGER



Die Vorsitzende der Alternative für Deutschland (AfD), **Frauke Petry**, deren Partei bei den Landtagswahlen am vergangenen Sonntag für die Ehrlichkeit zu Asyl und Zuwanderung von den Wählern in drei Landtagen gewählt wurde.

ABSTEIGER



Österreichs SPÖ-Bundeskanzler **Werner Faymann**, der seinen Solo-Auftritt in der ORF-Sendung „Im Zentrum“ dazu nutzte, von seinem Versagen in der Asylpolitik abzulenken und die Schuld daran auf „die EU“ abzuwälzen.



BILD DER WOCHE Wie ein „rot-schwarzer Wetterhahn“ agiert für Herbert Kickl und HC Strache der SPÖ-Kanzler in der Asylpolitik.



Zur Demonstration gegen den „rechten Abschaum“ hatte der Sohn von SPÖ-Bürgermeister Michael Häupl (kl. Bild unten) aufgerufen.



Unterstützung erhielten die Liesinger sogar aus dem tschechischen Brunn (oben) sowie für ihre Petition gegen das Asylquartier (unten).



Die Wiener haben es satt, dass sie die Folgen des Versagens der Politik

5.000 gegen rot-g

Eine Demonstration des Bürgerprotests gegen M

An die 5.000 Wiener folgten dem Aufruf der Freiheitlichen, die Liesinger Bürger im Kampf gegen ein Massenasyquartier zu unterstützen, das ihnen die rot-grüne Rathauskoalition aufzwingen will. In einer Gedenkminute wurde den Millionen verfolgter Christen in muslimischen Ländern gedacht.

Sehr viele rot-weiß-rote Fahnen waren am Montag auf dem Liesinger Platz in Wien zu sehen. Aber nur bei den demonstrierenden FPÖ-Anhängern, während in der überschaubaren Menge der Gegen-demonstration zwei Sowjetflaggen einsam im Wind flatterten. Zwischen den beiden Demonstrations-

zügen hatten sich 500 Polizisten postiert, um Zwischenfälle zu verhindern.

Ungelöste Sicherheitsprobleme

Zu Beginn der Kundgebung ergriff der Liesinger FPÖ-Bezirks-parteichef Wolfgang Jung das Wort und geißelte die Willkommenspo-



Die klare Botschaft der Liesinger Bürger an die rot-grüne Stadtregierung: Keine Massenasyquartiere in Wiener Wohngebieten.

Foto: Andreas Rüttiger

Fotos: Andreas Rüttiger / Franz M. Haas



r in Bund und Stadt ausbaden müssen – und auch noch dafür zur Kasse gebeten werden.



Johann Gudenus
Vizebürgermeister Wien

Was wir momentan in Wien erleben, ist ein gefährliches Spiel mit der Sicherheit der Bevölkerung. 5.000 Menschen am Liesinger Platz sind ein eindeutiger Beweis für das Versagen der rot-grünen Stadtregerung: Die Wienerinnen und Wiener sind mit der Situation überfordert und haben – zu Recht – Angst!

Rot-grüne Inkompetenz

Die Sexualstraftaten und die Bandenriminalität werden weiter zunehmen. Schon beinahe täglich liest man von Übergriffen durch Asylwerber, wie etwa im Meidlinger oder im Hietzinger Bad, wo afghanische Männer Kinder und junge Frauen sexuell belästigt haben. Die Regierungsverantwortlichen kommen dann mit einem Argument: Nämlich dass solche Taten auch von Österreichern begangen werden. Diese Aussage lässt tief blicken, ist aber sicher kein Grund und schon gar keine Rechtfertigung dafür, zusätzliche Straftäter zu importieren.

19.000 der sogenannten Flüchtlinge befinden sich in Wien, von den 90.000 Personen, die 2015 einen Asylantrag gestellt haben, werden zwei Drittel in die Bundeshauptstadt ziehen – das sind weitere 60.000 Menschen die man versorgen muss. Über das Wie herrscht bei Rot-Grün Ratlosigkeit.

Man hatte Monate Zeit, auf diesen unkontrollierten Zustrom zu reagieren. Anstatt unserer Forderung, die Grenzen dicht zu machen und keinen illegalen Zuwanderer ins Land zu lassen, rechtzeitig nachzukommen, um die jetzigen Probleme schon im Keim zu ersticken, steht man nun vor dem Scherbenhaufen der undifferenzierten Willkommenspolitik.

Rot-grüne „Drüberfahrpolitik“

Massenquartiere und die „verpatzte Asylpolitik“ in Wien-Liesing

politik der deutschen Bundeskanzlerin und ihrer österreichischen Imitatoren: „Jetzt haben wir Liesinger die Probleme in der unmittelbaren Nachbarschaft“.

Wiens FPÖ-Vizebürgermeister Johann Gudenus kritisierte die Errichtung von Massenquartieren mitten in Wiener Wohngebieten: „Solche Massenquartiere haben bei uns nichts verloren!“ Vor allem aber kritisierte er die Flüchtlingspolitik von Rot-Schwarz im Bund und von Rot-Grün in Wien. Diese „Willkommenskultur-Fetischisten“

würde das Recht nach Belieben brechen. „Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht“, zitierte Gudenus den Lieblingsschriftsteller der Linken, Bertolt Brecht.

Widerstand gegen Asylpolitik

FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache zeigte sich durch das „Protest-Glockenläuten“ einiger Liesinger Pfarren zu Beginn der FPÖ-Kundgebung irritiert. „Nicht gegen uns, sondern für die Millionen verfolgten Christen in den muslimischen Ländern sollten die

Glocken läuten“, erklärte HC Strache und unterbrach seine Rede für eine Schweigeminute zum Gedenken an die verfolgten Christen.

Während bei den österreichischen Familien, den Pensionisten und den Pflegebedürftigen eisern gespart und gekürzt werde, hätten SPÖ und ÖVP kein Problem, zwölf Milliarden Euro für zigtausend Zuwanderer aufzubringen, kritisierte HC Strache: „Die heutige Veranstaltung zeigt, dass die Österreicher das nicht mehr unkommentiert hinnehmen werden!“



FPÖ-Bezirkschef Wolfgang Jung (Mitte) standen Johann Gudenus und HC Strache zur Seite.



HOHES
HAUS

Norbert Nemeth
Clubdirektor der FPÖ

Seit einem Monat können die Abgeordneten in den TTIP-Vertragsentwurf Einsicht nehmen. Besonders moniert werden dabei die Umstände der Geheimniskrämerei, zumal es den Abgeordneten erst nach einer mühsamen Anmeldeprozedur erlaubt ist, die geheiligten Hallen im Wirtschaftsministerium, in denen das Vertragswerk aufbewahrt wird, zu betreten.

Die TTIP-Farce

Hat man sich dann zum Text vorgekämpft, gibt es die nächste unerfreuliche Überraschung, nämlich die Einsicht, dass Parlamentarier, die keine Experten in Vertragsenglisch sind, eigentlich nur „Bahnhof“ verstehen. Wäre eine Übersetzung ins – auch nicht unkomplizierte – Juristendeutsch eine Überlegung wert? Abgerundet wird die fraktionsübergreifende parlamentarische Frustration durch zahlreiche Verweise auf nicht greifbare Literatur und darauf, dass man sich im Falle eines Geheimnisverrats strafbar machen würde.

Der deutsche Abgeordnete Marco Bülow hat sich ähnlich über die den Parlamentariern zugewiesene Rolle geäußert: „Eine Elite handelt Verträge zu ihrem eigenen Nutzen aus und will um jeden Preis, Bürger, Medien und legitimierte Politik außen vorlassen. Lobbyisten von einigen Großkonzernen geben die Leitlinien der Politik vor und zementieren sie in internationalen Verträgen. Am Ende haben Nationalstaaten und ihre Volksvertreter höchstens noch die Chance, an einigen Details herumzudoktern.“

Dies zeigt uns einmal mehr, wie weit die Entdemokratisierung in der EU fortgeschritten ist.

PETITION

FPÖ-Petition ist online

Die Petition der Freiheitlichen zum Schutz des Bargelds durch eine verfassungsrechtliche Verankerung desselben (siehe NFZ 10/2016) kann seit vergangener Woche auf der Homepage des Parlaments – www.parlament.gv.at – unterzeichnet werden. Die Petition mit dem Titel „Schaffung eines Bundesverfassungsgesetzes über die Freiheit zur unbeschränkten Verwendung von Bargeld im Zahlungsverkehr“ hat das Verzeichnis 69/PET.



EUROPAPOLITIK

EU-Datenbank

Seit August 2010 können die Bundesländer Stellungnahmen zur Gesetzgebung der EU abgeben. 29 solcher Stellungnahmen wurden von fünf Bundesländern dem Parlament übermittelt. Diese sind ab sofort auf der Website des österreichischen Parlaments – www.parlament.gv.at – abrufbar.

Bank-Austria-Pensionen: Stögers „Gesetzesmurks“

Auf Befehl aus Wien stehen auch Grüne hinter Koalitionspfus

Rot, Schwarz und Grün üben den Kniefall vor der Bank Austria. Diese soll nur einen Überweisungsbetrag von sieben Prozent statt den üblichen 22,8 Prozent für ihre Pensionisten zahlen.

Nach scharfer Kritik der FPÖ hat SPÖ-Sozialminister Alois Stöger eine ASVG-Novelle vorgelegt, mit der er „Gleichbehandlung“ herstellen will. Aber: Bund und Länder können nach wie vor den Diskonttarif von sieben Prozent nutzen.

Schlupfloch für Genossen

„Stöger hat der Bank Austria ein Schlupfloch offengelassen – Stichwort ‚betriebsbedingte Änderungskündigung‘!“, kritisierte FPÖ-Nationalratsabgeordnete Dagmar Belakowitsch-Jenewein. Mit diesem



FPÖ und Rechnungshof zerpfückten Stögers „Gesetzesmurks“.

„Kunstgriff“ könne die Bank ebenfalls den „Diskonttarif“ nutzen. „Die Differenz von hunderten Millionen Euro bleibt bei der Versicherungsgemeinschaft und den Steuerzahlern

picken. Aber SPÖ, ÖVP und Grüne machen Stöger die Mauer“, kritisierte die FPÖ-Mandatarin. Auch der Rechnungshof übte Kritik an Stögers „Husch-Pfus-Novelle“.

Bleibt Föderalismus ein Milliardengrab?

„Der Föderalismus in seiner derzeitigen Form ist teuer und ineffizient. Eine umfassende Reform ist längst überfällig“, bemerkte



FPÖ-Budgetsprecher Roman Haider (Bild) zur Vorstellung des aktuellen Länderberichtes durch die EU-Kommission. Die Kommission teile die langjährige Forderung der FPÖ nach einer Zusammenführung von Einnahmen- und Ausgabenverantwortung, zeigte Haider auf.

„Obwohl dieses Problem seit langem bekannt ist, verweigern SPÖ und ÖVP bisher beharrlich eine umfassende Reform, weil sie sich nicht gegen ihre übermächtigen Landeshauptleute durchsetzen können, die noch immer wie mittelalterliche Landesfürsten Steuergelder und Pfründe verteilen.“

Mit dem anstehenden Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern stehe ÖVP-Finanzminister Hans Jörg Schelling die „wahre Nagelprobe“ bevor, erklärte der FPÖ-Budgetsprecher: „Es wird sich zeigen, ob Schelling bereit ist, gegenüber manchen selbstherrlichen Landesfürsten Kante zu zeigen oder – wie alle seine Vorgänger – nach vollmundigen Ankündigungen in die Knie gehen wird.“

Die Freiheitlichen würden bei diesem Thema jedoch nicht locker lassen, da ohne Föderalismusreform ein nachhaltig ausgeglichenes Budget nicht machbar sei.

Jetzt streitet Koalition auch ums Kindergeld

FPÖ-Kitzmüller: „Diese Regierung beraubt sich selbst jeglicher Glaubwürdigkeit!“

Die Minimalreform des Kindergeldes droht an der Zwangsverpflichtung der Väter zum „Papamonat“ zu scheitern. ÖVP-Familienministerin Sophie Karmasin hat wegen des Beharrens der SPÖ-Frauen auf dieser Forderung die Verhandlungen abgebrochen.

Selbst an der Minimalreform des Kindergeldes offenbart die rot-schwarze Koalition ihren Hang zur Selbstzerstörung durch ideologische Scheuklappenpolitik. „Das Kindergeld ohne den ‚Papamonat‘, das kommt für die Sozialdemokratie nicht in Frage“, erklärte SPÖ-Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek trotzig. Dieser „Papamonat“ müsste über einen Rechtsanspruch abgesichert werden, damit für Väter, die diesen in Anspruch nehmen, auch ein Kündigungsschutz bestehe, sie sozialversichert blieben und diese Zeit pensionsbegründend angerechnet werde.

Die ÖVP will hingegen neben einer Flexibilisierung der Leistung des Kindergeldes nur eine Art „Papamo-

nat light“, also ohne bürokratischen Absicherungsbehelf, der zu Lasten der Arbeitgeber gehen würde.

Roter Ideologiewang

Die Reform des Kindesgeldes sei von Anfang an mit gravierenden Mängeln behaftet gewesen, erinnerte FPÖ-Familiensprecherin Anneliese Kitzmüller: „Das Scheitern verdeutlicht aber einmal mehr die völlige Handlungsunfähigkeit dieser Bundesregierung in allen politischen Bereichen.“

Die FPÖ beschwerte sich nicht, wenn der unsägliche „Papa-Monat“, eine Idee von SPÖ-Ministerin Heinisch-Hosek, endlich schubladisiert werde. „Familien sind finanziell besonders verwundbar, und darum sollte ihnen gerade jetzt



Foto: W.F.Z.

Rot und Schwarz setzen Familiendiskriminierung weiter fort.

ganz besonderes Augenmerk geschenkt werden. Wichtig wäre es, dass für die Familien ein finanzielles Entlastungspaket geschnürt wird und nicht mit Placebo-Aktionen politisches Kleingeld gemacht wird“, forderte Kitzmüller. Gerade

die Familien würden unter den Folgen der Krise leiden. Doch anstatt die Probleme anzupacken, lieferten sich die Ministerinnen einen „ideologischen Schaukampf“, der niemandem nütze, schon gar nicht den Familien, betonte Kitzmüller.

„Sozialbau“-Vorstände mit überhöhten Gehältern

Gemäß Paragraph 26 des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz (WGG) dürfen Vorstände höchstens so viel wie Bundesbeamte der Dienstklasse IX verdienen, in Ausnahmefällen kann das 1,5-Fache dieses Lohns ausbezahlt werden. Demnach dürften die Vorstände der Wiener „Sozialbau AG“ monatlich höchsten 15.000 Euro Fixgehalt erhalten. Laut dem aktuellen Jahresabschluss der „Sozialbau AG“ ließ sich der dreiköpfige Vorstand 2014 allerdings Bezüge in der Höhe von 903.086 Euro ausbezahlen. Wenn alle drei Vorstände gleich viel verdienen, wären das rund 300.000 Euro pro Kopf – also um rund 100.000 Euro mehr pro Jahr als erlaubt.

Sozialbau-Chef Herbert Ludl hat diese Bezüge 2013 im Magazin „Format“ verteidigt: „Durch diese blöde Regelung gibt es in ganz Österreich keinen Immobilienmanager, der so wenig verdient wie wir.“ Ob das die Genossen in der SPÖ, die an der „Sozialbau AG“ beteiligt ist, und die in der Wiener SPÖ, die



Foto: W.F.Z.

Schrangl will Gehälter kürzen.

über die ihr nahestehende „A.W.H. Beteiligungsgesellschaft“ rund 18 Prozent hält, Ludl & Co. ebenso als „unterbezahlt“ ansehen?

„Der Nährboden dieser Skandale liegt in der besonders engen parteipolitischen Verflechtung dieses Bauträgers. Hier muss es endlich gesetzliche Anpassungen geben“, forderte FPÖ-Bautensprecher Philipp Schrangl. Das WGG Sorge für weitgehende Unabhängigkeit von Angehörigen des Baugewerbes, daher sollte diese Regelung in verschärfter Form auf Parteien ausgedehnt werden, mahnte Schrangl ein „Ende der Günstlingswirtschaft“ von SPÖ und ÖVP ein.

FPÖ-ABGEORDNETE DECKEN AUF

Rot-Weiß-Rot-Karte für Ex-Asylwerber?

Im Jahr 2015 wurden insgesamt 1.801 Aufenthaltstitel unter der Zuwanderungsinitiative „Rot-Weiß-Rot-Karte“ erteilt. Die Inhaber stammten größtenteils aus Bosnien-Herzegowina, Serbien, Türkei und Mazedonien. Die Geschlechterverteilung sah wie folgt aus: 907 Männer und nur 274 Frauen waren Inhaber dieses Aufenthaltstitels. Dies geht aus einer Beantwortung einer Anfrage der FPÖ-Abgeordneten Edith Mühlberger an Innenministerin Johanna Mikl-Leitner hervor. Des Weiteren gab es im Vorjahr 90.972 aufrechte Aufenthaltstitel „Rot-Weiß-Rot-Karte-Plus“, wobei 28.507 davon auf Familienangehörige fielen. Die Inhaber dieser Karte stammten wiederum hauptsächlich aus Ländern wie Bosnien-Herzegowina, Serbien oder der Türkei. Auf die Frage, ob unter den Inhabern auch abgelehnte Asylwerber sind, gab es vom Innenministerium keine Antwort – warum nur?



Foto: W.F.Z.

Massenschlägerei in Asylunterkunft

Im Jänner kam es in einer Asylunterkunft in der Schwarzl-Halle nahe Unterpemstätten bei Graz zu einer Massenschlägerei. Daran beteiligt waren männliche Asylwerber, zehn afghanische und fünf syrische Staatsangehörige sowie ein irakischer Staatsbürger. Dies geht aus der Beantwortung einer Anfrage des FPÖ-Abgeordneten Josef Riemer durch Innenministerin Johanna Mikl-Leitner hervor. Zudem gab es bis Ende Jänner 2016 elf polizeiliche Einsätze in der Unterkunft. Die Kosten der geleisteten Einsatzstunden belaufen sich auf 4.612,90 Euro. Als eingeleitete Maßnahme wurden im Quartier Trennwände zur Rückzugsmöglichkeit geschaffen.



Harald Vilimsky

Deutschlands Wähler strafen Merkel ab

12,6 Prozent in Rheinland-Pfalz, 15,1 in Baden-Württemberg sowie 24,2 und damit der zweite Platz in Sachsen-Anhalt. Mit diesen Ergebnissen ließ die Alternative für Deutschland (AfD) in unserem Nachbarland aufhorchen. Frauke Petry sorgte dort mit ihrer Partei für ein Polit-Erdbeben.

Dieser fulminante Wahlerfolg eines unserer wichtigsten Partner war ein doppeltes Misstrauensvotum gegen die deutsche Bundeskanzlerin. Angela Merkels „Wir schaffen das“ wurde abge-

strafft und ihr auch das Vertrauen der Bevölkerung entzogen.

Bemerkenswert sind auf jeden Fall die Reaktionen der Wahlverlierer, die jenen in Österreich erstaunlich ähneln. Sofort wird nach den Problemen und Defiziten der deutschen Demokratie gesucht. Sofort wird debattiert, wie man die AfD in ihrem Durchmarsch von Wahl zu Wahl aufhalten könnte.

In Wahrheit stieg jedoch im Vergleich zur letzten Wahl die Beteiligung an diesem Sonntag deutlich an. Das ist nicht nur ein eindeutiges Zeichen dafür, dass die Bevölkerung in Deutschland ihre Selbstbestimmung wieder erlangen will, sondern auch ein Sieg für die Demokratie.

Die Erfolge der AfD bei diesen Landtagswahlen sind erste erfolgreiche Schritte in Richtung Bundestagswahlen 2017. Denn wie in ganz Europa braucht es auch in Deutschland – dringender denn je – mutige, patriotische Parteien.

Erdogans „Krieg gegen den Terror“ schafft Terror

Bei einem verheerenden Autobombenanschlag in der türkischen Hauptstadt Ankara sind am Sonntagabend 37 Menschen – darunter auch der Selbstmordattentäter – getötet sowie 125 Menschen verletzt worden. Weil die türkischen Behörden sofort Kurden als Attentäter ausmachten, haben Kampfflugzeuge bereits wenige Stunden später 18 Stellungen der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK im Norden des Irak angegriffen. Dies gab die türkische Armee Montag Früh bekannt.

Nach zwei Jahren relativer Ruhe hat die Türkei als Reaktion auf das Erstarken der Kurden im Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) in Syrien und im Irak diesen Konflikt im Rahmen ihres „Kampfes gegen den Terror“ wieder aktiviert. Die türkische Armee geht seit verganginem Dezember im Südosten des Landes mit aller Härte gegen mutmaßliche kurdische Kämpfer vor. Schwere Gefechte mit dutzenden getöteten Zivilisten gab es in der

Kurdenmetropole Diyarbakir sowie in den Städten Cizre und Silopi, die von der türkischen Armee eingekesselt wurden.

Erst Mitte Februar wurden in Ankara bei einem Bombenanschlag auf einen Militärkonvoi 29 Menschen getötet. Der schwerste Anschlag ereignete sich am 10. Oktober des vergangenen Jahres, als zwei islamistische Selbstmordattentäter bei einer kurdischen Demonstration 103 Menschen mit in den Tod rissen.



Türkische Armee in Cizre.

AfD-Erfolg bei Landtagswahlen erschüttert die etablierten Parteien

Frust über Merkels Zuwanderungspolitik hievt die



Der Souverän hat die etablierten Parteien Deutschlands auf den Boden der Tatsachen zurückgeführt. In Baden-Württemberg, in Rheinland-Pfalz und in Sachsen-Anhalt die Ignoranz g

Auf Antrieb schaffte die „Alternative für Deutschland“ bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt mit 24,2 Prozent den Sprung auf Platz zwei, in Baden-Württemberg wurde sie mit 15,1 Prozent genauso drittstärkste Kraft wie in Rheinland-Pfalz mit 12,6 Prozent. Die etablierten Parteien reagieren mit einer Ausgrenzungsstrategie.

Als eine „klare Antwort an die politische Selbstgefälligkeit der etablierten Parteien“ bewertete die AfD-Vorsitzende Frauke Petry am Sonntagabend den Erfolg. Doch an dieser Selbstgefälligkeit dürfte sich nichts geändert haben.

Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ zog mit dem Titel „Affront National“ einen Vergleich zum Erfolg des französischen „Front National“ von Marine Le Pen bei den Regionalwahlen im vergangenen Dezember. Im vormals rot-grünen Baden-Württemberg wurde die AfD in vier Wahlkreisen, darunter Pforzheim und Mannheim-Nord, stärkste Kraft. In Sachsen-Anhalt gelang ihr das sogar in 60 der 218 Städte und Gemeinden.

Schönreden der Verluste

Ursula von der Leyen, die stellvertretende Vorsitzende der CDU, erklärte dennoch ihre Parteichefin Angela Merkel und deren „humane Haltung in der Flüchtlingsfrage“ zum Sieger dieses Wahlsonntags. „Sieger der Abstimmungen sind diejenigen, die den Kurs der

Kanzlerin ohne Wenn und Aber unterstützen: der grüne Ministerpräsident Kretschmann und die Sozialdemokratin Dreyer“, lautete von der Leyens Logik zu den Verlusten der eigenen Partei. Unverständnis über den Erfolg der AfD auch bei Grünen und SPD. Robert Habeck, stellvertretender grüner Ministerpräsident von Schleswig-Holstein,



Die „Alternative für Deutschland“ und Sprecher Albrecht Glaser – geben jetzt

Landtagswahlen publizierten Parteien

„Alternative für Deutschland“ in drei Landtage



Realität zurückgeholt. Bei den Landtagswahlen strafen die Bürger in Baden-Württemberg gegenüber den Bürgern bei der Masseneinwanderung kräftig ab.

nannte die Partei eine „NPD für Besserverdienende“ und „Rassisten im Schafspelz“. Ralf Stegner, der stellvertretende Parteivorsitzende der SPD, charakterisierte sie als „Verfechter von Gewalt, Intoleranz und Rassismus“, die auf die Menschenwürde wenig gebe.

Kurskorrektur oder Ausgrenzung

Völlig untergegangen in der Abrechnung mit der AfD ist der Ruf nach einer „Kurskorrektur“ des CDU-Wirtschaftssprechers Joachim Pfeiffer: „Schönreden hilft jetzt nicht mehr weiter. Es ist ein

dramatischer Fehler, dass die CDU von der bürgerlichen Mitte bis weit ins konservative Lager eine große Flanke offen gelassen hat.“

Und wie gehen die Deutschen mit dem Wahlerfolg der AfD um? Ein angehender Lehrer gab im Kurznachrichtendienst Twitter das Demokratieverständnis des Establiments preis: „Die Geschichtsstunde der Demokratie: Alle Schüler hielten die #AfD für demokratie- und ausländerfeindlich.“

HINTERGRÜNDE

In den drei deutschen Bundesländern, in denen am Sonntag Landtagswahlen stattgefunden haben, stehen schwierige Koalitionsverhandlungen bevor. Denn in Baden-Württemberg und in Rheinland-Pfalz haben Rot-Grün seit Sonntag keine Mehrheit mehr in den Landtagen, genauso wie die ehemalige „große Koalition“ von CDU und SPD in Sachsen-Anhalt. Eine Regierungsbeteiligung des Wahlsiegers AfD wird es auch in keinem der drei Bundesländer geben, da CDU, SPD und Grüne eine Koalition mit der AfD kategorisch ablehnen.



Pfeiffer – im Bild mit AfD-Parteiern den politischen Kurs vor.

KURZ UND BÜNDIG



Tödliche Fluchthilfe

Der „Grenzsturm“ von hunderten Flüchtlingen aus dem überfüllten griechischen Flüchtlingslager Idomeni Richtung Mazedonien wurde von „Flüchtlingshelfern“ ausgelöst und dirigiert. Gegenüber der ARD gab ein deutscher „freiwilliger Helfer“ zu, dass diese und Journalisten den Weg auskundschaftet hätten, aber auf mazedonischer Seite dann vom Militär gestoppt worden wären. Griechische Behörden stellten zudem Flugblätter sicher, in denen zu diesem „Ausbruch“ geraten wurde, da sonst eine Abschiebung in die Türkei drohe. Bei diesem Versuch nach Mazedonien zu gelangen, sind drei Menschen bei der Querung eines Flusses ertrunken.

Schluss mit Nullzinspolitik

Nach der neuerlichen Senkung des Leitzinses auf nunmehr null Prozent und der gleichzeitigen Erhöhung der Strafzinsen auf Einlagen der Geschäftsbanken bei der Europäischen Zentralbank (EZB) forderte die freiheitliche EU-Abgeordnete Barbara Kappel einen Kurswechsel bei der EZB. „Die aktuelle Geldpolitik der Zentralbank ist nichts anderes als eine monetäre Staatsfinanzierung, und das ist ausdrücklich verboten. Sparer, Banken, Versicherungen und Pensionskassen zahlen den Preis für das billige Geld“, zeigte Kappel auf. Das sei keine Wirtschaftsförderung, sondern eine Aufforderung zur Verschuldung.



FPÖ: Schutzmachtfunktion für Südtirol aktivieren

Vergangene Woche fand eine vom Südtiroler Schützenbund organisierte Podiumsdiskussion zum Thema „Österreich und Südtirol im zukünftigen Europa“ statt. Auf dem Podium nahm FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache gemeinsam mit dem ÖVP-Nationalratsabgeordneten Johannes Rauch (Bild) zu den aktuellen politischen Themen Stellung. Großen Applaus erntete HC Strache für seine klaren Aussagen zum Selbstbestimmungsrecht und seinem Wunsch nach der Wiedervereinigung Südtirols mit Tirol und somit auch mit Österreich.

HC Strache kritisierte, dass bisher kein Südtiroler Landeshauptmann in Wien für eine Doppelstaatsbürgerschaft und für das Selbstbestimmungsrecht eingetreten sei, denn dies würde die Parteien im Südtirol-Unterausschuss wesentlich stärken. Der FPÖ-Parteiobmann kritisierte dazu aber auch die Untätigkeit der österreichischen Politiker. Die Mehrheit der Österreicher wolle sehr wohl,

dass die Südtiroler als österreichische Staatsbürger anerkannt werden: „Gemeint ist selbstverständlich eine Staatsbürgerschaft, die auch das aktive und das passive Wahlrecht beinhaltet.“

In Bezug auf die Schutzmachtfunktion merkte er an, dass diese in den Verfassungsrang erhoben werden solle, und er empfahl eine Anpassung des Zweiten Autonomiestatutes, damit bisherige Errungenschaften, wie etwa im Schulwesen, nicht verloren gehen.



Rauch und HC Strache in Südtirol.

TERMINE

MÄRZ
23 **Stammtisch der FPÖ Landstraße**

Die FPÖ Landstraße lädt am Mittwoch, dem 23. März 2016, zu ihrem „Stammtisch“ ins Parteilokal (Am Modenapark 8-9, 1030 Wien) ein. Beginn 19.30 Uhr.

MÄRZ
31 **Stammtisch der FPÖ Favoriten**

Die FPÖ Favoriten lädt am Donnerstag, dem 31. März 2016, zur Diskussion am „Bürger(meister) stammtisch“ mit dem freiheitlichen Vizebürgermeister Johann Gudenus ins Gasthaus Unsinn (Himberger Straße 49, 1100 Wien) ein. Beginn: 18.30 Uhr.

APRIL
2 **Retz: Eröffnung einer Ausstellung**

Die Stadtgemeinde Retz und die Südmährische Galerie, Stiftung Dr. Hellmut Bornemann, laden am Samstag, dem 2. April 2016, ein zur feierlichen Eröffnung der Sonderausstellung 2016: Die Künstlerfamilie Charlmont im Museum Retz (2070 Retz, Znaimerstraße 7). Beginn: 18 Uhr. Die Ausstellung ist vom 8. April bis 26. Oktober 2016 jeweils Freitags, Samstags, Sonntags und Feiertags von 13 bis 17 Uhr zu besichtigen.

APRIL
2 **Fünftes Konzert der Meister**

Der Wiener Volksbildungskreis lädt am Samstag, dem 2. April, 2016, zum 5. Konzert in der Reihe „Musik der Meister“ in den Großen Saal des Musikvereins (Musikvereinsplatz 1, 1010 Wien) Die „Karpäten Philharmonie“ unter Leitung von Tadeusz Wojciechowski und Yang Yang am Klavier spielen Werke von Haydn, Beethoven und Schubert. Beginn: 19.30 Uhr.

APRIL
12 **Stammtisch der FPÖ Liesing**

Die FPÖ Liesing lädt am Dienstag, dem 12. April 2016, zu ihrem „Bezirks- und Seniorenstammtisch“ im Heurigen „Lindauerhof“ (Maurer Lange Gasse 83, 1230 Wien) ein. Beginn: 17.00 Uhr.

LESER AM WORT


Lohn der Verweigerung

Das Eingehen der EU – und somit auch Österreichs – auf eine Visa-Befreiung für türkische Staatsbürger käme einer Selbstaufgabe gleich! Schon jetzt hat sich in Österreich eine Parallelgesellschaft der türkischen Community etabliert, welche sich allen Integrationsbemühungen durch Behörden und Institutionen großteils entzogen hat. Dazu kommt das starke Wachstum dieser Parallelgesellschaft durch Familiennachzug und kinderreiche Familien. Dieses Wachstum wird dazu noch durch das Assoziierungsabkommen der Türkei mit der EU mit den zahlreichen Zusatzprotokollen und Zusatzbeschlüssen befördert.

Hanns Kralicek, Wien


EU-Macher

Die EU-Macher wollen eine Wende in der Flüchtlingspolitik einleiten. Der türkische Präsident bestimmt dabei das Programm und bedankt sich bei Frau Merkel, dass

sie ihm das beste Geschäft seines Lebens beschert. Die ganze Welt weiß doch schon, dass wir durch den Euro zu einer Schuldenunion verkommen sind und uns dabei selber gegenseitig das Wasser abgraben. So viel Dummheit muss doch ausgenützt werden. So könnte der türkische Staatspräsident in schon absehbarer Zeit ganz Europa dirigieren. Würde dann die US-Zweigstelle Brüssel vielleicht sogar nach Ankara verlegt? Möglich ist schon wirklich alles.

Karl Blumauer, Krieglach

Kirchenaustritt

Ich sehe, wie die Kirche immer mehr gegen meine Interessen agiert, sie unterstützt mit meinem Geld die Islamisierung unserer Heimat. Die Kirche sagt nichts gegen die Entfernung der Kreuze in Schulen und schaut zu, wie Kinder in Kindergärten zum radikalen Islam gedrängt werden. Die Kirche läutet Glocken, wenn besorgte Bürger gegen die Islamisierung demonstrieren. Auf welcher Seite steht die Kirche? Und dann wundern sie sich, wenn es zu immer mehr Kirchenaustritten kommt. Auch ich überlege.

Stephan Pestitschek, Strasshof

Führerscheinprüfung

Nachdem in den letzten Jahren ständig das Leistungsniveau in der

Schule herabgesenkt wurde, war es nur eine Frage der Zeit, bis auch die Führerscheinprüfung diesem Niveau zum Opfer fällt. Kein Wunder, dass jeder fünfte Jugendliche nach neun Jahren Schule weder ordentlich lesen, schreiben, noch rechnen kann. So gesehen müssen ja die beiden letzten Bildungsministerinnen mächtig stolz auf ihre Leistungen und die Folgen ihrer Politik sein – oder nicht?

Stefan Scharl, Klosterneuburg


Getrennte Wege?

Werner Faymann, der frisch Geschiedene von Angela Merkel? Oder ist das nur ein Gerücht? Ist es eine Lüge, oder ist das Geschwätz von gestern schon wieder vergessen? Vielleicht auch nur eine Ehe-Auszeit, bis der heikle BP-Wahlkampf vorbei ist. Dann steht dem neuerlichen Kuscheln mit Noch-Kanzlerin Merkel nichts mehr im Wege.

Dagmar Leitner, Lieboch

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue **Freie** Zeitung

BESTELLSCHHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
 Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9
 E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

Halbjahrespreis € 15,-
 Jahrespreis € 30,-
 Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
 Auslandsjahresbezug € 73,-
 Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss. Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird. Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
 Bestellungen auch per E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
 (Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
 (Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**.

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.
 ** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



SPÖ-Ludwig gesteht Scheitern im Wohnbau

Rot-Grün sucht Heil jetzt in Container-Wohnungen für Einwanderer

Die Masseneinwanderung hat die Krise am Wohnungsmarkt verschärft. Mit der Änderung der Bauordnung wollen SPÖ und Grüne weitere Asylquartiere durchdrücken. Die FPÖ will das Gesetz vom Verfassungsgerichtshof prüfen lassen.

Die Stadt Wien hat angekündigt, die Errichtung oder Adaptierung temporärer Unterkünfte für Flüchtlinge zu erleichtern, indem die Bauordnung für Objekte der öffentlichen Hand gelockert wird. Nur, so „locker“ hat kein anderes Bundesland auf die Massenzuwanderung reagiert.

Container und Gemeindebau

„Hier werden Gesetze adaptiert, um den roten Teppich für Einwanderer auszurollen“, empört sich FPÖ-Vizebürgermeister Johann Gudenus. Zusätzlich würde damit die Magnetwirkung auf Zuwande-



Wiens neuer Baustil – demnächst auf jeder Freifläche möglich.

rer nur erhöht und die nächste Wohnungskrise in der Bundeshauptstadt provoziert, warnt Gudenus.

Die Rathaus-Koalition schafft es nicht, auf den Wiener Wohnungsmarkt kostendämpfend einzuwirken. „Wohnbaustadtrat Michael Ludwig hat den wohnbaupolitischen Herzinfarkt bereits gestanden, wenn er jetzt schon von ‚Bypass-Bauten‘ spricht“, erklärt der FPÖ-Vizebürgermeister. Zu-

dem würden „temporäre Wohneinheiten“, sprich Container-Siedlungen, nur enorme Kosten verursachen, mahnt Gudenus.

„Wohnen soll für Wiener wieder leistbar werden. Der Zugang anerkannter Flüchtlinge zu Sozialwohnungen muss ausgesetzt werden“, erteilt Gudenus einer Idee des SPÖ-Stadtrats hinsichtlich „einer Asylantenquote für den Gemeindebau“ eine klare Absage.

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



Es ist schlimm, wenn Menschen ihre Heimat verlieren. Das hört man nun oft. Und gemeint sind die Syrer und viele andere arme Teufel, die jetzt aus ihren Herkunftsländern weglaufen, weil sie's dort nicht mehr aushalten.

Heimat, fremde Heimat

Gerade aber findet ein Tausch statt, der so auch nicht gedacht sein kann. Ich kenn' nämlich einen Haufen Wiener, unter anderem auch welche aus Liesing, die mir erzählen, dass sie sich in ihrer eigenen Stadt nicht mehr zu Hause fühlen.

Zu Hause. Das hat was. Da kennt man nicht nur jeden einzelnen Stein, da trifft man Freunde, Bekannte, Menschen, die die Sprache sprechen wie man selber. In der Trafik rennt der Schmä, auf der Straße lacht man über so manche nur einem Einheimischen verständliche G'schicht', der Nachbar sagt „Gun Moagn“ und „Grüß Gott“ oder „Wia geht's?“

Das gibt's nun schon für viele Wiener nicht mehr. Fremdländisches, Unverständliches rundumadum. Im eigenen Land.

Ich bin da nicht mehr zu Hause, sagt so mancher. Ich hab' meine Heimat verloren.

Wo wohnt eigentlich die Frau Vassilakou? Hat Herr Häupl einen afghanischen Nachbarn oder residiert er neben einem Asylheim? Möglich wär's. Er schaut immer so grantig.



„Wiedervermietungsentgelt“

Gerne erzählen die Verantwortlichen der gemeinnützigen Bauvereinigungen, dass ihre Gesellschaften keinerlei Gewinnerzielungsabsicht besäßen. Als Gemeinnützige würden sie den Mietern nur verrechnen, was tatsächlich an Kosten anfallen.

Der „Österreichische Mieterschutzring“ Wien (ÖMR) und die FPÖ deckten aber auf, dass die Realität anders aussieht. Die Gemeinnützigen haben sich mit eiskaltem Lobbying gesetzliche Grundlagen geschaffen, die lediglich ihrer Gewinnmaximierung dienen. Und die rot-schwarze Koalition lässt diese Pfründe unangetastet.

Eines dieser Mieterschröpfungs-werkzeuge ist das sogenannte

„Wiedervermietungsentgelt“. Im Falle einer Neuvermietung einer frei gewordenen Wohnung ist die Genossenschaft unter bestimmten Umständen berechtigt, vom neuen Mieter ein zusätzliches Entgelt einzuheben. Diesem stehen aber keinerlei Kosten oder Leistungen der Genossenschaft gegenüber!

Wesentliche Voraussetzung ist jedoch, dass ein derartiges Zusatzentgelt mit dem Mieter ausdrücklich vereinbart wurde. Der ÖMR Wien bietet seinen Mitgliedern daher die Überprüfung ihrer Miet- und Nutzungsentgeltvorschriften an und vertritt sie bei den Verfahren zur Rückforderung widerrechtlich eingehobener Nutzungsentgelte.

Den Österreichischen Mieterschutzring erreichen Sie unter der **BÜRGER-HOTLINE:**
0660 / 845 30 88



Mieterschröpfung auch bei Genossenschaftswohnungen.

NIEDERÖSTERREICH **Start für FPÖ-Kampagne**

„Der Kampf gegen den anhaltenden Terrorismus überfordert die Brüsseler Eurokraten maßlos! Anstatt unsere Bevölkerung zu beschützen, verschwört man sich gegen rechtschaffene Bürger“, kritisiert FPÖ-Landesparteiobmann Christian Höbart im Zuge der Einschränkung des legalen Waffenbesitzes. Die FPÖ wird sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene gegen diese EU-Schikane auftreten und gibt den Startschuss für die Kampagne „Nein zur Kriminalisierung der rechtschaffenen Waffenbesitzer“.

TIROL **FPÖ-Bürgermeister**

Die FPÖ stellt jetzt auch in Rattenberg, Bezirk Kufstein, den Bürgermeister. Bernhard Freiberger setzte sich in der Stichwahl am vergangenen Sonntag gegen Martin Götz von der ÖVP-Bürgermeisterliste mit 54,47 Prozent der Stimmen durch. In Jochberg, Bezirk Kitzbühel, wurde Günter Resch bereits im ersten Wahlgang zum Ortschef gewählt.



B. Freiberger

STEIERMARK **Gesundheit geht vor**

Glyphosat ist eine Hauptkomponente einiger Breitbandherbizide und wird trotz gesundheitlicher Bedenken seit den 1970er Jahren weltweit zur Unkrautbekämpfung eingesetzt. Innerhalb der EU konnte bezüglich der Weiterverwendung bis jetzt kein Beschluss gefasst werden. „Im Sinne der allgemeinen Gesundheit ist es unbedingt erforderlich, festzustellen, ob Glyphosat gesundheitsgefährdend ist“, so FPÖ-Landtagsabgeordneter Albert Royer. Im Zuge der Landtagsitzung hat die FPÖ einen Antrag gestellt, dass Landwirtschaftsminister Andrä Rupprechter sich für eine Untersuchung des Herbizids Glyphosat durch unabhängige Experten einsetzen möge. Auf Basis dieser Erkenntnisse sollte er dann auf Unionsebene klar für oder gegen die Zulassungsverlängerung Stellung beziehen.

Kärntner Bauordnung öffnet Tür und Tor für neue Asylunterkünfte

Strikte und lückenlose Grenzkontrollen sind das Gebot der Stunde

Die Schaffung von Asylquartieren in Kärnten wird in Zukunft unter der Aushebelung von Bewilligungsverfahren leichter möglich sein.

Durch den Beschluss zur Änderung der Kärntner Bauordnung durch SPÖ, ÖVP und Grüne ist es nun im ganzen Landesgebiet möglich, unter Aushebelung von Bewilligungsverfahren Unterkünfte für Asylwerber zu schaffen.

FPÖ kündigt Beschwerde an

„Mit einer bloßen Anzeigepflicht können künftig ohne die Einbindung der Anrainer und ohne die Einhaltung von Flächenwidmungsplänen Asylunterkünfte entstehen. Örtliche Entwicklungskonzepte sind dann das Papier nicht mehr wert, auf dem sie stehen“, erklärt FPÖ-Klubobmann Christian Leyroutz, der diesen Beschluss gleichzeitig als „Anlassgesetzgebung im

KÄRNTEN 

Foto: NFZ

Die Errichtung von Asylquartieren ist in Kärnten keine Seltenheit mehr.

Blindflug“ bezeichnet. Um gegen diese Anlassgebung anzukämpfen, bringt die FPÖ eine Beschwerde beim Verfassungsgericht ein. „Die FPÖ wird sich dagegen zur Wehr setzen, dass der normale Bürger Bewilligungsverfahren durchführen

muss und jenen Geschäftemachern, die mit Migranten Umsätze und Gewinne erwirtschaften wollen, Tür und Tor geöffnet werden“, so Leyroutz, der gleichzeitig eine strikte und lückenlose Grenzsicherung als Gebot der Stunde bezeichnet.

OBERÖSTERREICH **Bürgermeinung erwünscht**

Die Kritik seitens der FPÖ am Schäringer Transitlager hat Wirkung gezeigt. Die Initiative „Community-Bürger“ der Polizei ist österreichweit das einzige Pilotprojekt, durch das die lokale Bevölkerung im Bezirk Schäringer aktiv in das Handeln der Polizei eingebunden werden soll. „Die Polizei ist



Foto: FPÖ Oberösterreich

Hermann Brückl begrüßt die Informationsoffensive der Polizei.

seit dem Aufbau des Transitlagers unermüdlich im Einsatz und tut ihr Bestes, um die Ängste und Sorgen der Bevölkerung zu lindern. Zusätzliche Unterstützung für die dienstversehenden Beamten, etwa in Form von Sanitätscontainern, ist daher absolut überfällig“, erklärt FPÖ-Bezirksparteiobmann Hermann Brückl, der die Forderung nach einem raschen Abbau des Transitlagers wiederholt.

Als kontraproduktiv definiert Brückl die aktuelle Kriminalstatistik, die zur Beschwichtigung der Bürger herangezogen wird. „Hier handelt es sich leider nur um die halbe Wahrheit, denn uns sind einige nicht angezeigte Vorfälle bekannt, wie beispielsweise eine Schlägerei in der Flüchtlingsunterkunft in Andorf, die darin nicht aufscheinen. Im Interesse der Bürger muss diesen Verheimlichungen und Schönfärbereien daher endlich ein Ende gesetzt werden“, fordert Brückl.

STEIERMARK **Stirbt die Schule, stirbt der Ort!**

In den letzten Jahren haben SPÖ und ÖVP in der Steiermark 45 Schulen geschlossen, nun könnten weitere folgen. Dies stelle eine unzumutbare Mehrbelastung für Schüler und Eltern dar und würde die Ausdünnung der Regionen fördern, warnt FPÖ-Landesparteiobmann Mario Kunasek. „Mit jeder Tür, die sich für immer schließt, gehen Arbeitsplätze in der Region unwiederbringlich verloren“, betont Kunasek. Die FPÖ fordert daher die Einrichtung von Expositurklassen und richtet diesbezüglich eine schriftliche Anfrage an die Bildungslandesrätin.

BURGENLAND 



Freiwillige Feuerwehren sind ein bewährter Sicherheitsfaktor, den es zu erhalten gilt.

FPÖ will Erleichterungen für die Feuerwehren

Steuerbefreiung für Feuerwehrfeste und bei Geräteanschaffungen

Burgenlands FPÖ-Landespar-teiobmann Johann Tschürtz will die Ortsfeuerwehren im Kampf gegen die steuerliche Benachteiligung unterstützen.

Die Anzeigenflut gegen ihre Feste macht vielen Ortsfeuerwehren schwer zu schaffen. Am Ende fehlt das Budget für notwendige Anschaffungen zur Aufrechterhaltung des Betriebes und der Sicherheit. Zu ihrer Forderung nach einer Änderung der Gewerbeordnung erhalten Burgenlands Feuerwehren jetzt Unterstützung vom freiheitlichen Landeshauptmannstellvertre-

ter Johann Tschürtz: „Die Probleme sind bekannt, der Hilferuf der Feuerwehren ist absolut verständlich und berechtigt. Die Bundesregierung muss die gewerbe- und finanzrechtlichen Klötze am Bein der Feuerwehren beseitigen!“

Schutz der Bevölkerung wahren

Er werde sich persönlich an die zuständigen Bundesminister der ÖVP wenden und auch zu den Nationalratsklubs Kontakt aufnehmen, erklärte Tschürtz. Wenn die Minister nicht reagieren, dann werden die FPÖ-Abgeordneten mit Anträgen im Nationalrat Feuer machen,

kündigte der Landespartei- chef an: „Wer unsere ehrenamtlichen Feuerwehrlaute im Regen stehen lässt, vergisst auf den Schutz der Bevölkerung und riskiert letztendlich die Aushöhlung der ländlichen Sicherheitsstrukturen.“

Weil die Feuerwehren derzeit – anders als die Rettungsorganisationen – bei der Anschaffung von Fahrzeugen oder technischen Geräten auch die Mehrwertsteuer bezahlen müssen, forderte der FPÖ-Landeshauptmannstellvertreter, dass auch die Feuerwehren in den Genuss der Mehrwertsteuerbefreiung kommen sollten.

Nur FPÖ ist „freiheitlich“

Mit der Entscheidung des Landesgerichts Salzburg wurde klargestellt, dass sich der Schnell-Landtagsklub nicht „freiheitlich“ nennen darf und somit das Wort „freiheitlich“ nur der FPÖ selbst zukommt. Einem rechtskräftigen Urteil zufolge liege ansonsten eine Wählertäuschung vor.

Im Juni gründete Karl Schnell aufgrund interner Parteizerwürfnisse die Partei „Die Freiheitlichen in Salzburg (FPS) – Liste Dr. Karl Schnell“. Diese Entscheidung sei zwar noch nicht rechtskräftig, je-

doch wäre mit dieser Entscheidung ein Schlussstrich unter den Namensstreit gesetzt worden.

„Das Wort ‚freiheitlich‘ kann nur der FPÖ und deren Organisationen zukommen und darf von keinem anderen Trittbrettfahrer missbräuchlich verwendet werden! Die Wähler dürfen durch eine irreführende Bezeichnung des Namens ‚freiheitlich‘ nicht getäuscht werden, denn wo ‚freiheitlich‘ drauf steht, muss auch die FPÖ drinnen sein“, erklärte der echte Freiheitlichen-Obmann Andreas Schöppl.

SALZBURG 



Andreas Schöppl ist froh, dass der unsägliche Streit geklärt ist.



Johann Tschürtz
Landeshauptmannstellvertreter Burgenland

LÄNDER- SACHE

„Das Burgenland soll noch sicherer werden.“ – Das haben wir Freiheitliche in das Regierungsübereinkommen mit der SPÖ hineinreklamiert.

Ein wichtiger Bestandteil ist die Entwicklung eines Gemeindegewaltensicherheitskonzeptes. Die Vorfälle rund um die Massenzuwanderung im vergangenen Sommer haben die Sicherheitsdefizite im Land und damit die Schwächen eines der wichtigsten Güter, der Sicherheit unserer Bürger, aufgezeigt.

Gemeinsam stark

Unser Projekt sieht den Einsatz von sogenannten Sicherheitspartnern oder Bürgerservicekräften vor, die in enger Abstimmung sowohl mit der Exekutive als auch den Gemeinden geschehen soll. Es handelt sich dabei um ein umfassendes Modell, das mit dem Bürgerservice in den Gemeinden gekoppelt ist.

Als Einsatzbereiche stellen wir uns die Schulwegsicherung, aber auch Dienstleistungen im Sinne der Nachbarschaftshilfe, wie Botengänge für betagte und kranke Einwohner, die Nachschau bei urlaubsbedingt leer stehenden Häusern, die Gebäude- und Objektkontrolle oder die besondere Beobachtung kommunaler Gewerbegebiete vor.

Unser primäres Ziel ist es, das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken. Vom Schreckgespenst einer „Bürgerwehr“ nach Diktion der Grünen sind wir meilenweit entfernt.

Wir Freiheitliche verstehen das unter Bürgerservice. Das ist gelebte Gemeinschaft, die wir fördern und unterstützen wollen.

GEZWITSCHER



Ismail Küpeli

@ismail_kupeli



„Internationaler Kalifat Kongress“ der islamistischen Hizbut Tahrir in der #Atatürk-Halle in #Ankara. Keine Pointe. 07.03.16 09:19

Während in Brüssel die Türkei schnellere Beitrittsverhandlungen fordert, werben in Ankara die in der EU verbotenen Islamisten ganz offen für das Kalifat.

Birgit Kelle

@Birgit_Kelle



Warum verhandeln wir dann gerade mit einem Land, das Frauendemos niederknüpelt wieder über EU-Beitritt? #Türkei 08.03.16 00:54

Weil Frau Merkel glaubt, dass die Türkei unbedingt Teil ihrer „europäischen Lösung“ sein muss.

Hartes Geld

@HartesGeld



CDU verliert alle Wahlen. Staatsfunk übersetzt und informiert: „Bestätigung der Flüchtlingspolitik von #Merkel!“ 12.03.16 10:26

Stimmt ja auch irgendwie, schließlich ist die CDU aus keinem der drei Landtage hinausgeflogen, die am Sonntag von den Wählern neu bestellt wurden.

GEFÄLLT MIR



HC Strache

14.03.2016

Das sollte Österreich auch seit Monaten tun!



Ungarn und Bulgarien rüsten sich gegen Flüchtlinge

3.619 Personen gefällt das.

Aber die rot-schwarze Koalition hofft weiter darauf, dass andere die Grenzen sichern und Deutschland alle durchgekommenen Zuwanderer aufnehmen wird.

Faymanns Kampf mit dem Dativ und der selektiven Erinnerung

Solo-Diskussionsrunde des SPÖ-Bundeskanzlers geriet zum Fiasko

Die umstrittene Vereinnahmung der ORF-Diskussionssendung geriet zur peinlichen Momentaufnahme für SPÖ-Kanzler Werner Faymann.

Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte ihren Solo-Auftritt vor zwei Wochen dazu genutzt, für ihren „Wir schaffen das“-Kurs zu werben, an dem sie festhalten wolle.

Selbstbeschädigung

Die Strategie des Kanzlers sei es aber gewesen, Schuld für die Flüchtlingsmisere allen anderen zu geben, und nicht Österreich oder gar sich selbst, analysierte der OGM-Meinungsforscher Wolfgang Bachmayer im „Kurier“. Faymann habe mit den Behauptungen, er sei von An-



Faymann inszenierte Werbesendung für politische Gegner.

fang an für den Kurs gewesen, den die Koalition seit Jahresanfang eingeschlagen habe, seine Glaubwürdigkeit mehr beschädigt, als es seine Kritiker geschafft hätten.

Für Politikberater Thomas Hofer hat Faymann den Koalitionspartner ÖVP brüskiert, indem er bei seiner „One-Man-Show“ den Richtungsschwenk der Regierung einzig und

allein selbst durchgesetzt haben will. Nicht durchsetzen konnte er sich bei der Wahl zwischen Dativ und Akkusativ: Ihn oder Ihm? Daran scheiterte der Kanzler mehrmals. Lag's vielleicht daran, dass man ihm kein bequemes Lümmelsofa ins Studio gestellt hatte und er deswegen ständig auf dem Fauteuil herumrutschen musste?

FPÖ IN DEN MEDIEN

Seit dem vergangenen Wahljahr sind Freiheitliche an zahlreichen Regierungen auf Landes- und Gemeindeebene beteiligt. „Die blauen Wegbereiter“ nennen die „Salzburger Nachrichten“ die Personen wie den blauen Bürgermeister in Wels,

Die blauen Wegbereiter



Andreas Rabl, oder den blauen Bezirksvorsteher in Wien-Simmering, Paul Stadler.

Zwei roten „Hobby-Satiriker“ sind die Boulevard-Medien „Österreich“ und „Heute“ (Bild) auf den Leim gegangen. Gerd Millmann, einst Sprecher von



Werner Faymann als Wiener Stadtrat, und sein Sohn David, Mitarbeiter beim SPÖ-Pressedienst, trugen bei der FPÖ-Demo ein Schild mit der Aufschrift „Leasing erwache“. Als ihr Versuch, Asylkritiker in Verruf zu bringen, scheiterte, war plötzlich alles nur „Satire“...

FPÖ-TV
www.fpoe-tv.at

AB SOFORT TÄGLICH

Petra Steger
Lisa Ullmann
Christian Schuch
Marlies Gasser

FPÖ-TV erscheint ab jetzt täglich aktuell auf YouTube und Facebook. Das neue FPÖ-TV-Magazin sehen Sie wie gewohnt donnerstags um 11 Uhr.

YouTube /fpoetvonline

„100 Tage Rot-Grün II“: Es geht noch schlimmer!

Was ist die Bilanz der ersten 100 Tage „Rot-Grün II“? Dieser Frage ging das Cajetan-Felder-Institut bei einer Veranstaltung im Alten Rathaus nach. Die Vertreter der Regierungsparteien gerieten dabei in die Defensive. Kurt Stürzenbecher (SPÖ) und Jennifer Kickert (Grüne) – beide Stellvertreter ihres Klubobmanns – reagierten auf die

in Wien besonders deutlich zutage tretende Asylkrise nur mit Achselzucken. Wiens FPÖ-Klubobmann Dominik Nepp leitete aus den ersten 100 Tagen der Neuauflage von Rot-grün im Rathaus die Notwendigkeit ab, alle durch den Wahlerfolg erworbenen Kontrollrechte voll wahrzunehmen: „Es bröckelt heftig im sozialistischen Gebäck!“



Rot-Grün II auf dem Prüfstand des Cajetan-Felder-Instituts. Kickert und Stürzenbecher (links) bestätigten alle Befürchtungen.


FPÖ


Blauer Hausball

Samstag, 19. März 2016
Schloss Thürnlfhof
(Münichplatz 5, 1110 Wien)

Einlass: 19Uhr
Beginn: 20Uhr

Ehrenschutz:
BPO HC Strache

Grosse Tombola
Mitternachtseinlage



Eintritt (inkl. Backendl-Buffer):
Vorverkauf: 25 Euro
Abendkassa: 30 Euro

Karten- und Tischreservierung:
0664-283 31 83
katharina.krammer @ fpoe-simmering.at

+++ Bücherservice +++ Bücherservice +++ Bücherservice +++ Bücherservice +++ Bücherservice +++



Energie und Lebensmittel Grundlagen der Freiheit

Als Naturschutz- und Heimatpartei betrachtet es die FPÖ als ihre vorrangige Aufgabe, eine intakte Umwelt in Österreich und die Unabhängigkeit von unsicheren Energie-Importen für unser Land sicherzustellen. Die wesentlichsten Grundlagen nationalstaatlicher Souveränität sind die Selbstbestimmungs- und Selbstversorgungsfähigkeit auf dem Wasser-, dem Lebensmittel- und dem Energiesektor.

Freiheit ist unser höchstes Gut. So lautet der erste und wichtigste Satz im Parteiprogramm der FPÖ. Dieses Buch ist ein kleiner Beitrag dazu, unserer Freiheit in einer selbstbestimmten Heimat ein Stück näher zu kommen.

Herausgeber:
III. Präsident des NR
NAbg. Ing. Norbert HOFER

GRATIS zu beziehen über das FPÖ-Bildungsinstitut:

Friedrich Schmidt Platz 4, 1080 Wien
Telefonisch unter 01/512 35 35-36 oder per Mail: bildungsinstitut@fpoe.at



Mit Ihrer Bestellung erklären Sie sich einverstanden, künftig über Aktivitäten und Neuerscheinungen der FPÖ und des FPÖ-Bildungsinstitutes informiert zu werden.



**EINLADUNG ZUM
WAHLAUFTAKT**
MIT NORBERT HOFER UND HC STRACHE

Samstag, 2. April 2016
Koloman-Wallisch-Platz,
8605 Kapfenberg

Programm: ab 10.00 Uhr
ab 11.00 Uhr

Musik: John Otti Band
Rede **Mario Kunasek**
Rede **Norbert Hofer**
Rede **HC Strache**

 **NORBERT HOFER**
BUNDESPRÄSIDENT